

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljahr 6,75 RM., monatl. 2,25 RM., ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 18. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Veranschärfung der Lage in England.

Vor dem Generalstreik im englischen Bergbau.

Rotterdam, 18. Februar. (Melbung der Telegramm-Kampagne.) Wie aus London berichtet wird, hat die Lage des industriellen Kampfes, die einer Entspannung entgegenzugehen schien, eine neue Verschärfung erfahren.

London, 17. Februar. Amlich wird bekanntgegeben, daß die nationale Konferenz, die die Regierung angeführt der Unzufriedenheit in der Industrie zusammenberufen hat, am 27. Februar in Westminster tagen wird.

Die Freiheit der Meere.

Durch den Völkerbund erledigt.

Bern, 17. Februar. Wilson erklärte einem Mitarbeiter des „New York“ auf die Frage, ob die Frage der Freiheit der Meere schon erörtert worden sei: Was die Neutralen anbelangt, so wird es solche in der Liga der Nationen nicht mehr geben, denn die Neutralen werden ein Bestandteil der Liga werden müssen und infolgedessen sich deren Beschlüssen fügen.

Wilson beabsichtigt, in Boston zu landen und in ganz Nordamerika eine große Kampagne zugunsten des Völkerbundes zu entfalten.

Beseitigung der wirtschaftlichen Hindernisse zwischen den Nationen.

Genf, 18. Februar. Der Finanzausschuss der Pariser Konferenz hat einen großen Erfolg errungen dadurch, daß er den dritten der 14 Punkte Wilsons verwirklichte, indem er sämtliche wirtschaftliche Hindernisse zwischen den Nationen beseitigte.

Amerika fordert Schiffe von Frankreich und England.

Genf, 18. Februar. (Melbung der T. A.) Wie der „Matin“ aus Washington erfährt, hat der amerikanische Schiffsverkehrsminister angeordnet, daß die Vereinigten Staaten England und Frankreich zur Ueberlassung von Schiffen für das europäische Hilfsflotten anfordern werden.

Ruhe in Portugal.

Genf, 18. Februar. (Melbung der T. A.) Nach einer offiziellen Mitteilung der portugiesischen Regierung ist völlige Ruhe im Lande eingetreten und die Republik wieder hergestellt.

Der Wahlsieg in Deutschösterreich.

Wien, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Sozialdemokratie hat bei den 71 Mandate erreicht. Bei den Reichsratswahlen in Wien im Jahre 1907 betrug unsere Stimmenzahl 123 340, 1911 stieg sie auf 145 871 und jetzt betrug sie 523 145.

haben, von 145 Abgeordneten 33 Sozialdemokraten gewählt, das waren 22 Proz. der Mandate. Diesmal sind unter 162 Abgeordneten 71 Sozialdemokraten gewählt, also 43 Proz. der Mandate, das würde genau ebensoviel sein wie in Deutschland.

Preussische Nationalversammlung: 4. März.

Das preussische Staatsministerium hat, wie die „P. B. N.“ aus Weimar erfahren, gestern die Einberufung der verfassunggebenden preussischen Nationalversammlung endgültig auf Dienstag, den 4. März, beschlossen.

Die Spartakistenunruhen in Rheinland-Westfalen.

Münster, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei dem Kommando des 7. Armeekorps sieht man die Lage politisch wie militärisch für durchaus günstig an. Mitterlungen, wonach die Spartakisten Vorbehalte erörtern wollten, sind unzutreffend.

Im Gegensatz zu den Berichten der Spartakisten wird gemeldet, daß in Herzog-Verden die Regierungstruppen Herren der Lage sind. Es kam zu wiederholten heftigen Zusammenstößen, bei denen die Regierungstruppen 5 Tote und die Spartakisten 21 Tote hatten.

Aus Düsseldorf meldet die „Frankf. Zig.“: Durch einen Gewaltritt sind vorgestern nacht die Druckereien der bürgerlichen Blätter von Spartakisten besetzt worden und die Zeitungen am Erscheinen verhindert.

WZV meldet: Die gestern aus Mülheim a. d. Ruhr gebrachte Notiz, wonach die Regierungstruppen von den Spartakisten im Kampfe zurückgedrängt worden wären, wird von zuständiger Seite als falsch bezeichnet und mitgeteilt, daß alle feierlichen Unternehmungen der Regierungstruppen glatt durchgeführt wurden und überall zu vollem Erfolge führten.

Aus Münster wird gemeldet: Nachdem sich die Besatzung der „Juche“ bei Hamm in Westfalen dem im Industriegebiete proklamierten Generalstreik, zum Teil infolge Anwendung von Gewalt durch die Spartakisten, angeschlossen hat, ist die Gasversorgung von Münster seit heute früh 10 Uhr unterbrochen.

Riesendemonstration gegen Spartakus in Nürnberg.

Spartakus verbrennt die Reutennachweise der Kriegsbeschädigten.

Nürnberg, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die gestern von der sozialdemokratischen Mehrheitspartei veranstaltete Riesendemonstration ist geradezu glänzend verlaufen. Die Insel Schütt war voll von Menschen, Mann an Mann. Trotz des ungeheuren Gebranges ist die Demonstration völlig ruhig verlaufen.

Gestern nachmittag hat der Arbeiter- und Soldatenrat getagt. Er hat einstimmig das Verhalten der Spartakisten verurteilt. Abends haben mit den Spartakisten noch Verhandlungen stattgefunden, in diesen Verhandlungen haben die Spartakisten eine Vertretung im Arbeiter- und Soldatenrat verlangt.

Auf dem Generalkommando haben die Spartakisten in furchterlicher Weise gehaust. Die sämtlichen Invalidenakten, die Nachweise für die Militärenten, sind von ihnen verbrannt worden.

Die Abgeordneten der Ostfront. Einer der beiden von der Ostfront gewählten Abgeordneten zur Nationalversammlung, Unteroffizier Modemann, ist in die Nationalversammlung eingetreten. Modemann ist von Beruf Wärtcher, seit dem Jahre 1907 gewerkschaftlich und politisch tätig und in Harburg a. Elbe wohnhaft.

Das Finanzelend Deutschlands.

Von Wilhelm Reil.

Mit grausamer Offenheit hat der Reichsfinanzminister Schiffer vor der Nationalversammlung die gegenwärtige finanzielle Lage des Deutschen Reiches geschildert. Das Bild, das er entrollt, entspricht den trübsten Wahrscheinlichkeitsberechnungen, die von Sachkennern angefertigt worden sind.

Das vom Minister Schiffer gezeichnete Bild würde noch viel trüber sein, wenn es sich zugleich auf die Finanzlage der Einzelstaaten und Gemeinden erstreckte. Für die Zwecke der Kriegsmobilisierung, für Beamtenenergiezulagen, für die Deckung von Kriegsschäden (Ostpreußen) haben auch die Einzelstaaten Ausgaben gemacht, die in die Milliarden gehen, an deren Deckung es aber noch fehlt.

Niemand weiß, wie sehr unsere Finanzlage noch beeinträchtigt werden wird durch die endgültigen Friedensbedingungen. Die Kosten der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten feindlichen Gebiete hat Deutschland zu übernehmen sich bereit erklärt. Der Geldwert dieser Verpflichtung ist auf 50 Milliarden geschätzt worden.

Lassen wir diese Möglichkeit zunächst außer Betracht und fragen wir uns, wie wir finanziell weiterkommen. Wir haben uns bisher mit der Anleiheaufnahme und der Notenpresse geholfen. Beide Mittel sind nicht mehr lange anwendbar. Für Zinslandsanleihen fehlt es in den nächsten Monaten, wenn unsere Wirtschaft sich wieder auf die Friedensarbeit rüsten, Rohstoffe beschaffen, die völlig geleerten Lager langsam wieder füllen soll, an den nötigen flüssigen Mitteln.

Die größte Schwierigkeit erwächst dem Reichsfinanzminister in der nächsten Zukunft aus der Verpflichtung, die





